

KULTURLANDINITIATIVE

PACKEN WIRS AN!

INHALT

ABSTIMMUNGEN 5.6.2016	2-4
NEU IM PARTEISEKRETARIAT	5
GRÜNE STADT ZÜRICH	6-7
GRÜNE WINTERTHUR	8
JUNGE GRÜNE	9
KULTURLAND & ZERSIEDELUNG	10-11
AGENDA	12

Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Liebe Grüne

Bundesgerichtsentscheid hin oder her: Bereits am Tag der zweiten Lesung am 29. Februar im Kantonsrat wurden bei den Bürgerlichen eifrig Unterschriften für das Referendum gegen die Umsetzungsvorlage der Kulturlandinitiative gesammelt.

Jetzt steht es also fest: Wir stimmen diesen Herbst wieder über die Kulturlandinitiative ab. Dabei kommt die Vorlage ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung, mit der Empfehlung zur Ablehnung durch Kantons- und Regierungsrat. Obwohl die Umsetzungsvorlage etwas weniger weit geht, als wir gewünscht haben, bringt sie eine Verbesserung und ist ein Schritt in die richtige Richtung, für den es sich zu kämpfen lohnt.

Unsere Chancen sind intakt!

Und dieses Mal müssen wir richtig Gas geben: Zwar haben wir mit der Umsetzungsvorlage eine mehrheitsfähige Vorlage auf dem Tisch, wir müssen aber damit rechnen, dass wir massiv

bekämpft werden. Trotzdem haben wir gute Chancen. Wir sind in den letzten vier Jahren am Thema dran geblieben und haben viel Aufklärungsarbeit geleistet. Die Zersiedelungsthematik ist brandaktuell. Die zweite Raumplanungsgesetzrevision, die sich an der Kulturlandinitiative orientierte und wegen Widerstand aus den Kantonen wieder verworfen wurde, zeigt deutlich: Wir müssen uns auf allen Ebenen für eine restriktive Raumplanung einsetzen. In den Gemeinden gegen kommunale Einzonungen auf gutem Boden, im Kanton für die Umsetzung der Kulturlandinitiative und national mit der Zersiedelungsinitiative.

Und natürlich können wir uns mit einem engagierten Abstimmungskampf weiter profilieren und unsere Basis verbreitern. Ich zähle auf Eure Mitarbeit. Packen wirs an!

■ Marionna Schlatter,
Präsidentin Grüne Kanton Zürich

LIEBE LESERINNEN

Seit gut fünf Jahren beschäftigen wir Grünen im Kanton Zürich uns nun mit der Kulturlandinitiative – jetzt wird es noch einmal ernst: Der Kantonsrat hat die Umsetzungsvorlage beschlossen, die Bürgerlichen ergreifen das Referendum – das Stimmvolk wird also erneut über die Initiative bzw. die Umsetzungsvorlage abstimmen. Wir bereiten uns auf unsere Abstimmungskampagne vor und sind optimistisch, dass das Stimmvolk ein zweites Mal JA sagt zum Kulturlandschutz und damit der Zersiedelung im Kanton Schranken setzt (S. 1, 8, 10 & 11).

Auch auf nationaler Ebene wollen wir die Zersiedelung stoppen und unterstützen daher die Jungen Grünen bei der Unterschriftensammlung für die Zersiedelungsinitiative. Für unsere gemeinsamen Sammel-events suchen wir noch helfende Hände. Orte, Termine und Anmelde-möglichkeiten finden sich auf S. 9.

Unsere neue Geschäftsführerin, Nadine Berthel, stellen wir auf S. 3 vor. Und auch sonst gibts jede Menge Interessantes zu lesen in diesem «grünen blatt».

■ Ulla Blume, Parteisekretärin
Grüne Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 1500 Ex.
Redaktion & Layout: Ulla Blume. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Gabi Petri, Balthasar Glättli, Markus Kunz, Marcel Bührig, Nadine Berthel, Gabi Kisker, Markus Knauss, Ursula Roder, Meret Schneider, Nina Gassmann, Raphael Schär. Bildnachweise: S. 1: crocodile / photocase.de, S. 2: denhans / photocase.de, S. 3: Rasande Tyskar / flickr.com, S. 4: Brilliant Eye / photocase.de, S. 7: Ulla Blume, S. 8: Grüne Winterthur, S. 9: Junge Grüne, S. 11: Google Streetview.
Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FCS-Papier gedruckt: FSC C010121.

LAIENRICHTER: NOCH ZEITGEMÄSS ODER NUR NOCH FOLKLORE?

Das haben die Grünen schon beim Gesetz zur Organisation der Gerichte 2010 zu Recht gefragt. Historisch gesehen soll mit der Laienbeteiligung in der Rechtssprechung die demokratische Mitwirkung auch in der Justiz verankert werden, was auch dem Grundgedanken des Milizsystems entspricht.

EineR von uns...

Das Bild des Richters als «einer von uns», als «einer aus dem Volk» misst sich aber heute zusehends an der zunehmenden Komplexität des modernen Rechts und den damit verbundenen wachsenden Anforderungen an die richtende Person. Demokratische Tradition der Laienbeteiligung versus Professionalität – könnte man denken. Das sind nicht unbedingt Gegensätze. Gerade mit dieser Vorlage, mit der neu ein abgeschlossenes juristisches Studium gefordert wird, bleibt die demokratische Tradition trotzdem erhalten – durch die Volkswahl der BezirksrichterInnen. Denn durch die Volkswahl wird die richterliche Gewalt unmittelbar auf dem Volkswillen abgestützt und den RichterInnen eine eigenständige demokratische Legitimation gewährt. Das sollte eigentlich genügen. Denn die Rechtsgemeinschaft benötigt nicht nur demokratische Legitimation, sondern auch fachliche Qualifikation,

juristisches Wissen. Dazu gehört die juristische Ausbildung für BezirksrichterInnen als unverzichtbare Grundanforderung.

...aber mit Qualifikation

Denn welches Wissen ist denn eigentlich für die geforderte professionelle Qualität der Rechtssprechung notwendig? Ist es Expertenwissen oder Laienwissen? Nun, die normalen BürgerInnen verfügen in der Regel über ein sogenanntes «persönliches Rechtsempfinden». Mit diesem Rechtsgefühl, mit diesem «Für-richtig-halten» zeigen die normalen BürgerInnen eine gewisse Fähigkeit zur intuitiven Erfassung des Rechts. Ein intaktes Rechtsgefühl und der sogenannte gesunde Menschenverstand reichen aber schon länger nicht mehr, um Fälle aus verschiedensten und teilweise sehr wichtigen und komplizierten Rechtsgebieten zu beurteilen und den Anforderungen an eine gesetzmässige Rechtssprechung zu genügen. Da braucht es mehr. Da braucht es neben sozialer Kompetenz vor allem auch juristisches Fachwissen. Darum sagt die Grüne Kantonsratsfraktion JA zur Vorlage «Wahlvoraussetzungen für Bezirksrichter».

■ Gabi Petri, Kantonsrätin, Zürich



ASYLGESETZ-REVISION

DIE SVP STOPPEN

Die neueste Asylgesetz-Revision bringt nicht nur Verschärfungen – sondern mit der unentgeltlichen Rechtsvertretung auch eine wichtige Verbesserung. Das neue Gesetz lässt zwar viele Grüne Wünsche offen, aber wir sollten dennoch klar JA stimmen. Die Politik der SVP, die das Referendum ergriffen hat, weil sie Probleme lieber bewirtschaftet, als sie zu lösen, verdient eine klare Abfuhr.

Seit Jahren wird das Asylgesetz in rascher Folge revidiert. Und bis jetzt wurde es jedes Mal klar verschärft. Die Grünen unterstützten die Referenden dagegen – leider waren wir an der Urne nie erfolgreich.

Unentgeltliche Rechtsvertretung

Auch dieses Mal sind Verschärfungen geplant. Die Rekursfristen werden für alle Verfahren massiv verkürzt. Umgekehrt erhalten alle Asylsuchenden eine unentgeltliche Rechtsvertretung. Wir Grünen forderten dies schon lange. An der aktuellen Lösung kritisieren wir, dass es sich eben gerade nicht (wie dies die SVP unterstellt) um vollständig unabhängige «Gratiskanwälte» handelt, sondern um eine Rechtsvertretung im Auftrag des Bundes, die pauschal pro Fall entschädigt wird.

Immerhin: die Qualität der Rechtsvertretung kann mit derjenigen der heutigen Rechtsberatungsstellen der Hilfswerke (RBS) mehr als mithalten. Die RBS müssen sich zudem wegen der beschränkten Mittel auf Fälle mit einer höheren Erfolgswahrscheinlichkeit konzentrieren. Neu erhalten alle Asylsuchenden eine Rechtsvertretung. Während meiner sieben Jahre bei Solidarité sans frontières sah ich sehr viele Asylgesuche und Rekurse nach dem alten System und ich konnte diese unterdessen mit der Arbeit der Rechtsvertretung im heutigen Testzentrum vergleichen. Wäre ich selbst Asylsuchender, so würde ich heute das neue dem alten Verfahren klar vorziehen.

Kürzere Rekursfristen

Die Verkürzung der Rekursfristen haben wir Grünen im Parlament natür-

lich bis zum Schluss kritisiert. Längere Fristen würden die Verfahren nicht wesentlich verlängern. Allerdings müssen wir auch eingestehen, dass bereits heute viele Verfahren sehr kurze Fristen kennen – und das ohne garantierte Rechtsvertretung: Bei den Dublin-Fällen und bei den 48h-Verfahren, ebenso bei Safe Countries-Verfahren und im sogenannten Fast Track-Verfahren (Länder mit tiefer Schutzquote: Algerien, Marokko, Tunesien, Gambia, Nigeria).

Kürzere Asylverfahren

Ein klarer Vorteil sind kürzere Asylverfahren für jenen Asylsuchenden, die gemäss Gesetz tatsächlich schutzbedürftig sind. Aktuell ist diese Schutzquote sehr hoch: um die 60% der AsylbewerberInnen erhalten entweder Asyl oder eine vorläufige Aufnahme, weil sie Bürgerkriegsflüchtlinge sind. Diese Flüchtlinge müssen nun nicht länger monatelang warten bis sie wissen, dass sie in der Schweiz bleiben dürfen. Das erleichtert auch die Integration massiv.

Abschaffung des Botschaftsasyls

Das Botschafts asyl, dessen Abschaffung wir weiterhin kritisieren, würde übrigens auch bei einem Erfolg des SVP-Referendums nicht automatisch wiedereingeführt. Vielmehr blieben die dringlichen Massnahmen dann bis zum 28.9.2019 in Kraft. Das ist leider mehr als genug Zeit für die politische Mehrheit, sie ins ordentliche Recht zu überführen.

Politische Signale setzen

Schliesslich ist ein JA an der Urne auch ein wichtiges politisches Signal. Nicht nur gegen die SVP. Sondern vor allem an die anderen bürgerlichen Parteien. Ein Zeichen nämlich, dass man nicht nur mit Anpasserei gegen rechts Mehrheiten findet.

■ Balthasar Glättli, Nationalrat, Zürich



BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

FLUCH ODER SEGEN?

Die Volksinitiative über ein bedingungsloses Grundeinkommen erhitzt auch bei den Grünen die Gemüter wie nur wenige Vorlagen. Jetzt kommt sie zur Abstimmung.

PRO:

Es führt kein Weg dran vorbei

Mag sein, dass die Abstimmung über das bedingungslose Grundeinkommen (BG) zu früh kommt. Oder dass die vorgeschlagene Variante noch nicht das Gelbe vom Ei ist. Dennoch sollten wir dieser Initiative unbedingt zustimmen.

Denn erstens ist zunehmend fraglich, ob alle Arbeitssuchenden hierzulande noch eine Stelle finden werden, und zwar nicht mehr nur bei den einfacheren Tätigkeiten, Chips ersetzen zunehmend auch qualifizierte Arbeit. Die Technik ist bereits auf einem verblüffenden Niveau und entwickelt sich – Stichwort Industrie 4.0 – rasant. Es gibt zwar verschiedene Ideen, wie diese Produktivitätssteigerung in ein Volkseinkommen umverteilt werden kann, damit es auch künftig noch Kaufkraft gibt, aber das BG ist ganz gewiss eine der innovativsten und wichtigsten.

Zweitens: Es gibt in der Arbeits- bzw. Einkommensdebatte eine ärgerliche Uralt-Pendenz, die ungerecht ist und die Politik lähmt: Annähernd gleich viel Arbeit wie die bezahlte wird unbezahlt geleistet – in den Familien, in der Freiwilligenarbeit, in der Betreuung usw., mit entsprechenden Konsequenzen beim Einkommen und bei den Renten, was nicht zuletzt einen starken Genderaspekt hat. Das BG ist ein Ansatz, der diesen gesellschaftlichen Missstand quasi wie den gordischen Knoten durchschneidet – wer ein bedingungsloses Einkommen bekommt, egal, ob er oder sie «eine Stelle hat» oder nicht, der bekommt immerhin ansatzweise einen Lohn für seine und ihre Mühe.

Drittens: Ich mag die Idee der Bedingungslosigkeit. Menschenwürde wird damit mit «finanzieller Existenzberechtigung» übersetzt. Geben wir der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens daher eine Chance! Sie verdient sie.

■ Markus Kunz, Gemeinderat Zürich



Contra: Systemfehler

Die Initiative zum bedingungslosen Grundeinkommen ist das träumerischste politische Projekt, von dem ich je gehört habe – und ich möchte festhalten, dass ich ein grosser Fan von politischen Utopien bin.

Die Schweiz funktioniert, die Armutsquote ist gering, dank der SKOS ist die Sozialhilfe hier auf einem einigermaßen angemessenen Niveau. Wer in der Schweiz Hilfe braucht, erhält diese in den meisten Fällen auch. Natürlich könnte das System besser sein, das BG ist aber sicher nicht der Weg dazu.

Das BG würde zu mehreren Systemfehlern führen, und auch wenn es die InitiantInnen nicht zugeben wollen, das System schreit nach Missbrauch. Und auch wenn wir Linken es offen nicht sagen würden, das BG würde auch zu einer Zuwanderung aus rein sozialen Gründen führen, es macht also keinen Sinn, dieses System isoliert in Europa einzuführen. Wie so oft vergessen wir, dass wir nicht alleine auf dieser Welt sind, sondern in einer globalisierten Welt mit Personenfreizügigkeit leben. Diese Personenfreizügigkeit bietet uns unendlich viele Vorteile, doch sie führt auch dazu, dass wir nicht isoliert gesellschaftliche Experimente mit ungewissem Ausgang, ausprobieren können.

Es wäre zwar schön, wenn Künstlerinnen und Künstler nicht so sehr von ihrer wirtschaftlichen Attraktivität abhängig wären und Freiwilligenarbeit mehr geschätzt würde. Beides funktioniert aber nicht über das Geld, zumindest wurde mir immer gesagt, es ginge bei Kunst und sozialem Engagement nicht um den Profit. Aber schon gar nicht lässt sich das erreichen, wenn wir mithilfe einer gigantischen Giesskanne 25 Milliarden ausgeben.

■ Marcel Bührig, Gemeinderat Zürich

NEU IM PARTEISEKRETARIAT

NADINE BERTHEL

Dieser Tage beginnt unsere neue Geschäftsführerin Nadine Berthel ihre Arbeit auf dem Parteisekretariat, anfangs noch mit einem reduzierten Pensum zusammen mit Ulla Blume, ab Juni dann mit dem regulären Pensum. Aber wer ist Nadine eigentlich, woher kommt sie – und wohin will sie?

Liebe Nadine, die Arbeit auf einem Parteisekretariat ist nicht gerade ein alltäglicher Job. Warum wolltest du diesen Job – und warum gerade bei den Grünen?

Die Antwort steht für mich bereits in der Frage: Der Charme der Stelle liegt eben genau darin, dass sie nicht ganz alltäglich ist. Ich war auf der Suche nach einer Stelle, in der ich meine Kampagnenerfahrung einbringen kann und mich zudem gemeinsam mit anderen ÜberzeugungstäterInnen für eine Grünere und gerechtere Politik im Kanton Zürich einsetzen kann. In der Vielfältigkeit der Stelle liegt für mich der besondere Reiz.

Die Grünen sind für mich genau die richtige Partei. Nicht nur umwelt- und parteipolitisch stimmen die Ziele der Grünen mit meinen Überzeugungen überein – auch die lebendige, spritzig-frische Art der Grünen motiviert mich.

Welchen Rucksack bringst du denn zu uns mit?

Als Umweltwissenschaftlerin und Klimatologin verfüge ich über breites



Fit für die Atomausstiegsinitiative und alle anderen neuen Herausforderungen.

Wissen im Bereich Klima- und Umweltschutz. In meinen Jahren als Campaignerin bei Greenpeace habe ich zudem viel über politisches Campaigning gelernt. Ich freue mich darauf mein Fachwissen, meine Erfahrung und meine Motivation für die Grünen und für die Ziele der Partei einsetzen zu können.

Du hast ja gerade erst angefangen bei uns, worauf freust du dich am meisten?

Am meisten freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit vielen engagierten und motivierten Menschen. Mit der erneuten Kulturland-Abstimmung und den Abstimmungen über die Atomausstiegsinitiative und die Initiative für eine Grüne Wirtschaft der Grünen

steht uns ein wichtiges und spannendes Jahr bevor. Ich freue mich darauf koordinativ und fachlich zu einem Erfolg beitragen zu können.

Und was möchtest du hier bei den Zürcher Grünen erreichen?

Als Kommunikationsdrehzscheide der Partei möchte ich dazu beitragen, dass wir Zürcher Grünen gemeinsam am selben Strick ziehen und unsere Anliegen erfolgreich nach aussen tragen.

■ Das Interview wurde geführt von Ulla Blume, Noch-Geschäftsführerin der Grünen Kanton Zürich

RICHTPLAN: ZÜRICH WIRD NICHT NUR DICHTER SONDERN AUCH GRÜNER

Der letztjährige Sommer hat drastisch schön vor Augen geführt, dass die Frage nicht lautet, ob es einen Klimawandel gibt oder nicht. Die Frage lautet nur noch, wie stark der Klimawandel sein wird und wie wir uns vor seinen negativen Auswirkungen schützen können.

Die Stadt Zürich macht aufgrund vielfältiger Grüner Vorschläge und Grüner Volksinitiativen schon viel, damit der Beitrag der Stadt zum Klimawandel möglichst gering bleibt (z.B. Velo-Initiative, Reduktion des Autoverkehrs um einen Drittel, Initiative für eine 2000-Watt-Gesellschaft, Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit der neuen Durchmesserlinie, autofreies Wohnen etc.). Allerdings wird es noch einige Zeit dauern, bis diese erfolgreiche Grüne Politik wirklich greift. Und deshalb dürfen wir uns nicht selber belügen: Auch in der Stadt Zürich wird nach wie vor viel zu viel CO₂ ausgestossen und auch wir machen munter mit bei den Ursachen, die zum Klimawandel führen.

Der Klimawandel ist eine Tatsache

Weil der Klimawandel aber Tatsache ist, gilt es sich vor seinen negativen Auswirkungen zu schützen. Der Schlüssel dazu liegt in unseren Grünflächen. Mehr Parks, mehr Wiesen, mehr Bäu-

me, mehr Fassadenbegrünungen, mehr unversiegelte Flächen, sowohl im öffentlichen Raum, als auch bei privaten LiegenschaftsbesitzerInnen. Je grösser das Vegetationsvolumen ist, desto besser gelingt es uns, die Verdunstung zu erhöhen, die Sauerstoffproduktion anzukurbeln, Staub zu binden, für mehr Schatten zu sorgen und dadurch im Lokalbereich die Temperaturen zu senken. Tropennächte, also Nächte mit Durchschnittstemperaturen von über 20 Grad, lassen sich so besser aushalten. Für viele Menschen stellen genau diese Nächte ein nicht zu unterschätzendes gesundheitliches Problem dar.

Unsere Antwort: Die Grünstadt-Initiative

Mit der Grünstadt-Initiative, die genügend und qualitativ hochwertige öffentliche Grünräume verlangt, haben die Grünen die richtigen Antworten auf die Herausforderungen des Klimawandels. Gerade in Zürich, mit seiner stark wachsenden Bevölkerung, ist die

Flächenkonkurrenz der verschiedenen Nutzungen – Wohnen, Verkehr, Grünflächen – sehr gross. Und deshalb ist es umso wichtiger, dass dort, wo die Stadt Zürich die Schwerpunkte ihrer Entwicklung sieht, in Altstetten oder in Zürich Nord beispielsweise, die Fragen der Grünräume intelligent gelöst werden.

Der Stadtrat hat nun vorgeschlagen, dass der Richtplan die Grundlage einer Grünen Entwicklung bilden soll. Entscheidend war deshalb, ob es uns gelingt, die Grünen Anliegen auch im Richtplan zu verankern. Mit einem gewissen Stolz stellen wir fest, dass uns das gelungen ist. Dass eine Stadt, in der immer mehr Menschen wohnen, arbeiten oder sich aufhalten, nur mit genügend Grün sinnvoll möglich ist, hat auch eine Mehrheit im Gemeinderat so gesehen. Und deshalb sehen wir der Abstimmung über die Grünstadt-Initiative mit viel Optimismus entgegen.

Ernsthafte Veloförderung

Und natürlich haben wir uns im Richtplan auch zur Veloförderung weitere Gedanken gemacht. So wird es in Zukunft eben nicht nur die schmürzeli-gen Velowege à la Leutenegger geben, sondern die Vorgabe lautet, dass die wichtigsten Velowege die Minimalbreiten deutlich überschreiten müssen. Und selbstverständlich schlagen wir auch Veloschnellrouten vor. Dort geniessen die Velofahrenden Vortritt und müssen auch keine Angst mehr vor parkierten Autos haben.

■ Gabi Kisker & Markus Knauss,
Besondere Kommission Regionaler Richtplan und BZO des Gemeinderats, Zürich



Es gibt noch nicht genügend Grün in Zürich. Die Grünen arbeiten dran.

ATOM UND ENERGIE: AUSSTEIGEN UND WENDEN!

2016 wird in die Geschichte eingehen als das Jahr, in dem die Schweiz ausstieg. Nein, nicht aus Europa, sondern aus dem Atom. Wenn es denn so weit kommt. Aber der Reihe nach:

Den Anfang macht, einmal mehr, die Stadt Zürich, und zwar am 5. Juni. Zwar wurde 2008 in deren Gemeindeordnung verankert, dass die Stadt «auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernenergieanlagen verzichtet»; das wurde mit rund 75% JA-Stimmen krachend angenommen. Nun fehlt aber noch der eigentliche Ausstieg, nach Fukushima nötiger denn je. Das städtische EWZ fährt schon seit Jahren eine entsprechende Strategie und hat

nennt, wurde im Parlament mit grossem Mehr verabschiedet. Weil dazu die Gemeindeordnung geändert werden muss, hat das Volk das letzte Wort.

AKW: Too big to fail

Natürlich sind wir nicht so naiv anzunehmen, dass damit alles paletti ist. Die Beteiligungen könnten sich als «vergifteter» herausstellen, als es sich die Atomlobby in ihren kühnsten Alpträumen nicht auszumalen vermag.

können, muss das Werk länger laufen, und je länger es läuft, desto mehr muss immer wieder in die Sicherheit investiert werden – geradezu ein perpetuum mobile! Und nur möglich, weil AKWs von der öffentlichen Hand massiv subventioniert werden, indem sie ihre Risiken nur sehr beschränkt tragen, und weil sie für ihre Rückbaukosten nur ungenügende Mittel zurückstellen.

Teuer wird es so oder so

Hier kommt nun, irgendwann im Herbst 2016, die nationale Grüne Ausstiegsinitiative zum Zug. Wir müssen diesem Kreislauf ein Ende setzen, was nicht zuletzt nämlich auch Investoren und Betreiber heimlich herbeisehnen. Ob das teuer wird oder nicht, ist unerheblich. Denn entweder gehen die Betriebsgesellschaften bankrott – dann bezahlen wir das via Steuern. Oder sie amortisieren ihre teuren AKW-Meiler über den Strompreis – dann bezahlen wir KonsumentInnen. Und was so oder so kostenmässig auf uns zukommt: Stilllegung und Endlagerung. Was also auch passiert, Unfall oder nicht, kürzere Laufzeiten oder längere, Überkapazitäten oder keine, hoher oder tiefer Strompreis: Wir werden das auf jeden Fall teuer bezahlen, in welcher Rolle auch immer!



Menschenstrom gegen Atom im Mai 2011.

es seit 2008 geschafft, dass sämtlicher Strom, den die Stadt verbraucht, aus erneuerbaren Quellen produziert werden kann! Private BezügerInnen erhalten zudem schon gar keinen Atomstrom mehr.

Nägel mit Köpfen

Daher legt nun ein überparteiliches Komitee aus Grünen, SP und GLP ein Brikett nach. Eine Motion, die dem Stadtrat die Kompetenz einräumt, die Beteiligungen zu verkaufen und die das Jahr 2034 als Ziel für den Ausstieg

Eventuell wird der Verkauf sogar teuer für die Stadt. Nur: Teuer wird die Atomwirtschaft so oder so. Denn wir alle sind ja seit jeher in Geiselschaft dieser Technologie, die, wie sich langsam aber sicher herausstellt, too big to fail ist. Der Meccano, den die bürgerliche Mehrheit in Bern dazu kürzlich beschlossen hat, ist geradezu diabolisch: Die fehlende Laufzeitbeschränkung und die Auflage, für einen sicheren Betrieb zu sorgen, führen dazu, trotz hohem Alter der AKW nochmals in deren Sicherheit zu investieren. Um das amortisieren zu

Dem Wahnsinn ein Ende machen

Daher gilt mehr denn je: Bei der Atomkraft ist sogar der Normalbetrieb eine Art Grösster Anzunehmender Unfall. Machen wir diesem Wahnsinn ein Ende! Steigen wir aus! Und sagen wir das der Bevölkerung, denn sie muss alles Interesse daran haben, lieber ein Ende mit Kosten als Kosten ohne Ende zu ertragen!

■ Markus Kunz, Gemeinderat, Zürich

KULTURLAND

HOFFNUNGEN UND TATSACHEN

Lang, lang ist's her, dass die Kulturlandinitiative angenommen wurde und noch immer ist sie nicht umgesetzt. Im Gegenteil, bald werden wir erneut darum kämpfen müssen, dass möglichst viel Kulturland vom Bauboom verschont bleibt.

Als auf dem Land lebende Grüne stelle ich allerdings fest, dass wir Kulturland wohl nicht nur vor der Bebauung mit Wohn- und Gewerbebauten schützen müssen, sondern offenbar auch vor der Überbauung durch die Landwirte selbst. Fahre ich heute übers Land, fallen mir nämlich viele neue Grossbauten mit meist grosszügigen Erschliessungen auf. Und das oft auf bestem Kulturland.

Innere Aufstockung?

Was ist geschehen? Im Zusammenhang mit solchen Bauten taucht immer wieder der Begriff der «inneren Aufstockung» auf. Höchste Zeit also, sich den Begriff etwas genauer anzuschauen! Auf einem Merkblatt des Kantons Aargau finden wir folgende Erklärung: «Bei der inneren Aufstockung können einem überwiegend bodenabhängig geführten Betrieb Bauten und Anlagen für die bodenunabhängige Produktion angegliedert werden.» Es wird ausserdem zwischen den zwei Bereichen «innere Aufstockung im Bereich der Tierhaltung» und «innere Aufstockung in den Bereichen Gemüsebau und

produzierender Gartenbau» unterschieden. Gesetzliche Grundlagen dazu finden sich im Artikel 16a, Abs. 2 des Raumplanungsgesetzes (RPG) und in den Artikeln 34, 36 und 37 der Raumplanungsverordnung (RPV).

Bauten auf bestem Kulturland

Was vor allem auffällt: Dank der inneren Aufstockung gelten offenbar diverse Bauten in den ansonsten vor Überbauung gut geschützten Landwirtschaftszonen plötzlich als zonenkonform. Dass diese Regelung zudem für Bauten gilt, die für eine bodenunabhängige Produktion erstellt werden, finde ich eigentlich falsch. Damit schafft man einen Anreiz, ausgerechnet auf bestem Kulturland (gut zugänglich, möglichst eben, gut besonnt etc.), grosse Bauten für bodenunabhängige Gewerbebezüge zu erstellen. Ausserdem sind solche Bauten – mindestens in der Region, in der ich verkehre – meist weit vom eigentlichen Bauernhof entfernt. Der Platz mitten im Grünen muss also sowohl verkehrstechnisch als auch für Wasser,

Abwasser und Elektrizität erschlossen werden. Und es muss täglich zwischen Hof und Stall hin- und hergefahren werden.

Keine glücklichen Kühe...

Im Bereich der Tierhaltung könnte man nun denken, das komme immerhin den Kühen zugute, die sich im neuen Laufstall frei bewegen können. Doch sehen wir rund um die neuen Laufställe nun vielerorts keine Weiden mehr. Die freie Bewegung im neuen Laufstall hat also offenbar den Weidegang gleich ersetzt, was für keine Kuh ein Fortschritt ist! Statt glücklich zwischen Stall und Weide pendelnden Tieren, sehen wir nun oft gelangweilte Kühe. Da nützen auch die diversen neuen Bürsten zur Selbstmassage nicht viel. Artgerechte Tierhaltung sieht anders aus.

...unglückliche Hühner

Ein weiteres, besonders fragwürdiges Projekt unter dem Titel innere Aufstockung finden wir in Wiesendangen. Weit weg vom Bauernhof, unmittelbar an einem Waldrand, einer besonders sensiblen Lage also, wurde ein Legehennenstall für 18 000 Legehennen erbaut. Zwar weiss man aus der Tierforschung längst, dass Hühner eigentlich in Gruppen von maximal 20 bis 30 Tieren leben sollten. Und auch raumplanungsrechtlich war die innere Aufstockung doch dazu gedacht, den Bauern einen «Nebenerwerb» aus bodenunabhängiger Produktion zu ermöglichen, der sich allerdings dem Einkommen aus der eigentlichen, bodenabhängigen Produktion klar unterordnen sollte. Ob das hier noch gewährleistet ist, darf bezweifelt werden.

■ Ursula Roder,
Vorstand Grüne Winterthur



Massentierhaltung statt Kulturlandschutz.



**DEM NACHTLEBEN
DEN RÜCKEN STÄRKEN**

EIN PLÄDOYER FÜRS WENDEN

Wenden – die Wende – ein schönes Wort, gerade wenn es um Umweltpolitik geht. Geht damit doch immer auch ein Neustart einher, der Richtungswechsel nach der Wende (wohin?), der Anfang einer Konfrontation mit Neuem beim Sich-Zuwenden oder der verheissungsvolle Aufbruch in neue Gefilde, nach dem Sich-Abwenden von Bekanntem. Oder auch einfach ganz banal «wenden, Verb mit Akk.»

Ich wendete alles: Bioguetsli, Wimperntusche, Vollkorndarvida, Schokolade, Margarine, Deo, Shampoo, sogar Ricola-Bonbons: Palmöl, Palmöl, Palmöl.

Palmöl ist das billigste und meist verwendete Öl überhaupt und hat sich bis vor Kurzem noch hinter dem alles- und nichtssagenden Namen «Pflanzenfett, teilweise gehärtet» verborgen, heute muss es deklariert werden. Beim Inspizieren der Produkte wurde mir klar, warum sich Indonesien in der Zwischenzeit zum drittgrössten Emittenten von Treibhausgasen nach den USA und China gemausert hat: Palmöl ist einfach überall. Bei den Brandrodungen in Indonesien werden jährlich 3 Milliarden Tonnen CO₂ freigesetzt, ausserdem werden für die Bepflanzung Torfböden drainiert, was ebenfalls CO₂ freisetzt: Zwei Drittel der indonesischen Regenwälder sind den Palmölplantagen bereits zum Opfer gefallen.

Das hat mich zu meinem Versuch bewogen: Ich kaufe nichts, das Palmöl enthält – so lange, wie es irgendwie geht. Und so stehe ich im Coop und wende die Produkte: Palmöl, Palmöl, Palmöl. Keine einzige Margarine ohne Palmöl, veganes Gebäck ohne Palmöl sowieso nicht und selbst «Butterkekse» enthalten wesentlich mehr des billigen Fetts als der auf der Verpackung angepriesene Butter.

Mit einer Aktion und einem offenen Brief an Coop machten wir Junge Grüne auf diesen Missstand aufmerksam. Es gibt kein Argument für die Verwendung des problematischen Öls ausser dessen Preisgünstigkeit. Sonnenblumenöl eignet sich lebensmitteltechnisch genauso und wäre als Ersatz zweifellos geeignet – ist jedoch teurer in der Produktion. Zwar hat sich Coop bereits dazu verpflichtet, Palmöl mehrheitlich aus zertifizierten Quellen zu beziehen, die den RSPO-Kriterien entsprechen. Allerdings zeigt ein aktueller Bericht von Greenpeace (Indonesia's Forests: Under Fire): «Selbst jene Palmöl-Produzenten, die sich zu gewissen Nachhaltigkeitskriterien verpflichtet haben, sind nachweislich an Regenwaldzerstörung und der Trockenlegung von Torfmooren beteiligt.» Bis die Grossverteiler also einlenken und sich vom Palmöl abwenden, bleibt uns nur eins: Uns palmölfreien Alternativen zuwenden, unser Wissen über Palmölproduktion anwenden, uns von lieb gewonnenen Palmölprodukten abwenden und beim Einkauf die Energie aufwenden, jedes Produkt mit dem Palmölscannerblick zu taxieren und zu wenden, wenden, wenden.

■ Meret Schneider, Präsidentin Junge Grüne Kanton Zürich

Pro Nachtleben Zürich ist ein überparteilicher Verein, der aus diversen Jungparteien besteht und eine Petition zur Förderung eines attraktiven Zürcher Nachtlebens ins Leben gerufen hat.

Anlass dazu war ein Entscheid der Stadt Zürich im letzten Sommer, dass EinwohnerInnen Rekurse gegen die Öffnungszeiten von Bars und Clubs einlegen dürfen. Auch Lärmklagen führen zu Schliessungen von kulturellen Austauschmöglichkeiten. Dies gefährdet die Vielfalt des Zürcher Nachtlebens.

Die Petition fordert, dass es Bars und Clubs in geeigneter Lage erlaubt sein sollte, ihre Aussenbereiche bis Mitternacht und darüber hinaus zu nutzen. Bei Lärmklagen soll künftig berücksichtigt werden, wie viele BeschwerdeführerInnen daran beteiligt sind, wann diese ins Quartier gezogen sind und welche individuelle Vorgeschichte der jeweilige Betrieb hat. Die Stadt soll nichtkommerzielle Angebote ermöglichen und auch fördern. Dazu zählen auch Freiluftveranstaltungen. Zudem soll das Nachtleben auf öffentlichen Plätzen besser ermöglicht werden. Dabei gilt natürlich gegenseitiger Respekt sowie das Müllaufräumen der PlatzbenutzerInnen. Die z.T. hohen Hürden für den Eintritt ins Nachtleben sollen abgebaut werden, das fördert die Vielfalt und beschleunigt den Prozess zur Genehmigung.

Die Stadt Zürich soll sich zum florierenden und kulturellen Nachtleben bekennen, das den sozialen Austausch fördert und Arbeitsplätze schafft.

Die Petition kann direkt unter <http://pro-nachtleben-züri.ch> unterschrieben werden.

■ Nina Gassmann, Junge Grüne und Komitee «Pro Nachtleben Züri»

GRÜNKOHL KREISLAUFSYSTEM

Der Planet geht den Bach runter. Oder zumindest seine Gletscher. Die dafür buchstäblich. Aber nun kommt Rettung! Grünkohl hätt's nicht mehr für möglich gehalten. Der perfekt geschlossene ökologische Kreislauf zur Rettung vor dem fürchterlichen Klimawandel wurde auf dem Morteratschgletscher erfunden und realisiert. Und nicht etwa mit diesen grusigen Abdeck-Planen, mit denen diese Tubel in Uri ihr Eis einwickeln, nein, viel raffinierter!

Es geht so: Der zunehmende Einsatz von Motoren in der Schweiz verursacht Emissionen, die in ihrer Gesamtheit einen grauenhaften Klimawandel verursachen. Dieser führt dazu, dass die Gletscher in den hohen Bergen ganz fürchterlich abschmelzen. Aber nun macht man aus der Not eine Tugend: Das Schmelzwasser sammelt sich an der Gletscherzungenspitze, wird dort gefasst, unter Einsatz von motorbetriebenen Pumpen auf den Gletscher hoch gepumpt und dort in motorgetriebenen Schneelanzen in Schnee umgewandelt und auf dem Gletscher verteilt. Das isoliert ganz fürchterlich – oder naja, immerhin ein klein bisschen etwas. Der intensivierte Energieeinsatz, der dazu nötig ist, verursacht weiteren Klimawandel, was die Gletscher noch viel schneller zum Abschmelzen bringt, was wiederum viel mehr Wasser zur Verfügung stellt, das unter Einsatz von Sie-wissen-schon wiederum zu mehr Schnee auf dem Gletscher verarbeitet wird, kurz: Der wirklich und wahrhaft perfekte Kreislauf!

Geradezu teuflisch perfekt. Die Urner sind neidisch.

■ Grünkohl

DIE KULTURLANDINITIATIVE KOMMT ERNEUT AN DIE URNE

Volkswille hin, Bundesgerichtsentscheid her, die Bürgerlichen verspüren noch immer keine Lust, die (im Kantonsrat weichgespülte) Kulturlandinitiative endlich umzusetzen und ergreifen das Referendum gegen die Umsetzungsvorlage. Wir bereiten unsere Abstimmungskampagne vor – und zählen auf deine Unterstützung!

Nach unserem grossen Erfolg vor Bundesgericht letzten Sommer wurde die Umsetzungsvorlage der Kulturlandinitiative erneut in der Kommission im Kantonsrat beraten. Leider konnte auch der Entscheid des obersten Gerichts die Fronten im Kantonsrat nicht beeinflussen. Die bürgerlichen Ratsmitglieder bedienten sich bei der Bekämpfung der Initiative wieder der gleichen Argumente: Die Kulturlandinitiative blockiere Entwicklungen, wo sie sinnvoll seien. Die Umsetzungsvorlage wurde am 29. Februar 2016 verabschiedet und würde nach Ablauf der Referendumsfrist in Kraft treten. Bereits heute ist aber klar, dass das Kantonsratsreferendum aus den Reihen von SVP, CVP und FDP zustande gekommen ist. Wir rechnen heute also damit, dass die Kulturlandinitiative am 25. September 2016 an die Urne kommt.

Die Umsetzungsvorlage in Kürze

Der Kern der Umsetzungsvorlage ist die Kompensationspflicht. Das heisst, dass ackerfähiges Kulturland bei der Einzonung mit einem «gleichwertigen Ersatz» kompensiert werden muss (§ 87 im Planungs- und Baugesetz). Weiter führt das Gesetz aus, dass diese Kompensation durch Auszonung gleichwertiger Flächen oder durch Aufwertung geeigneter Flächen vollzogen werden kann. Das bedeutet, dass es möglich ist, den Humus abzutragen und auf einer anderen Fläche aufzutragen, um dort die Bodenqualität zu verbessern. Das wird bereits heute z.B. bei Strassenbauprojekten im Landwirtschaftsgebiet so praktiziert. Der sogenannte «Humustourismus» ist also nichts Neues. In Zukunft würde

dieser abgetragene Humus einfach nicht mehr grösstenteils auf Deponien landen, sondern zur Bodenverbesserung geeigneter Flächen verwendet. Das ist sicher ein Stück weit sinnvoll, aber gegen die Zersiedelung hilft diese Massnahme nur bedingt. Deshalb haben wir uns im Kantonsrat auch gegen diese Möglichkeit eingesetzt, aber leider vergebens. Nichtsdestotrotz: Mit der Umsetzungsvorlage wird das Einzonieren von ackerfähigen Böden umständlicher und teurer. Das ist eine willkommene Bremse der nur allzu rasch fortschreitenden Zersiedelung und damit ein Schritt in die richtige Richtung.

Auch dieses Mal können wir gewinnen!

Da wir dieses Mal mit einer kräftigen Gegenkampagne rechnen müssen, müssen wir unser gesamtes Kampagnen-Knowhow auspacken und besser heute als morgen mit der Vorkampagne starten. Dazu werden wir in Werbung auf den sozialen Medien investieren, um unsere Basis bereits im Vorfeld zu vergrössern. Auch werden wir kleine Videos mit Beispielen und Betroffenen produzieren. Hier sind wir auf Eure Mithilfe angewiesen. Gibt es bei Euch in der Gemeinde ein Gebiet, das sich für einen Beitrag eignen würde?

Für die Abstimmungskampagne brauchen wir nicht nur viele engagierte Grüne, sondern auch Geld. Jede Unterstützung, noch so klein, ist willkommen!

■ Marionna Schlatter,
Präsidentin Grüne Kanton Zürich

[PC 87-670663-6, Vermerk «Kulturland»](https://www.kulturland.ch)



Zum Beispiel Stammheim

Der Gemeinderat in Stammheim hält an der Einzonung des Gebiets «Chessler» fest, obwohl die Vorprüfung negativ ausgefallen ist. Es handelt sich um ein Gebiet mit einem wert-

vollen Obstgarten, das so ganz und gar nicht dem Raumordnungskonzept des Kantons entspricht: Weder ist diese Erweiterung des Siedlungsgebietes in Zentrumsnähe, noch ist sie gut erschlossen.



Zum Beispiel Dürnten

Das Gebiet zwischen Dürnten und Bubikon ist ein regional bedeutendes Naherholungsgebiet neben dem Ritterhaus Bubikon. Seit 1989 versucht der Gemeinderat alle fünf Jahre, das Gebiet

einzuazonen, was von der Bevölkerung bislang stets deutlich verworfen wurde. Es wurde eine kommunale Initiative lanciert, um das Gebiet (auf der Karte gelb) in die Landwirtschaftszone umzuazonen.



Zum Beispiel Marthalen

Auch in der Gemeinde Marthalen hat der Kantonsrat das Siedlungsgebiet erweitert. Es handelt sich dabei um hervorragendes Ackerland, das gerade an den bewirtschaftenden Bauernhof angrenzt. Der Bauer kann sein Vieh direkt

aus dem Stall auf die Weide lassen und hat keinerlei Interesse daran, das Land für ein fragwürdiges Arbeitsplatzgebiet herzugeben. Marthalen besitzt noch ungenutzte Brachen, möchte aber lieber neues Kulturland opfern.

ZERSIEDELUNGS-INITIATIVE

Sammeltage

Am 9. und 23. April organisieren die Jungen Grünen Zürich kantonale Sammeltage für die eidgenössische Zersiedelungsinitiative. Die Initiative fordert, dass Einzonungen nur noch nach äquivalenten Auszonungen möglich sind und die Rahmenbedingungen für nachhaltige Quartiere verbessert werden.

Bis Redaktionsschluss sind bereits folgende Sammelorte bekannt:

- Dietikon
- Pfäffikon
- Uster
- Wädenswil
- Wetzikon
- Winterthur
- Stadt Zürich (Markt Oerlikon sowie 2–3 Orte in der Innenstadt)

An allen Standorten werden die Jungen Grünen sammeln. Wir suchen jeweils mindestens 1, besser sogar 2 SammlerInnen der Grünen, um das Sammelziel gemeinsam zu erreichen. Die Jungen Grünen organisieren ein Sammelplakat und Bögen (auch für die Quote der Grünen). Über Hinweise zu guten Sammelstandorten in den oben erwähnten Orten oder in weiteren Gemeinden freuen wir uns.

Für die Sammeltage wird noch ein Doodle in einem Newsletter der Grünen Kanton Zürich erscheinen. Bereits jetzt könnt ihr euch anmelden bei raphael.schaer@jungegrue.ch.

Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich, damit wir das benötigte Material dabei haben und der Sammelanlass an jedem Standort überhaupt stattfinden kann.

Die Jungen Grünen Zürich freuen sich auf das gemeinsame Sammeln.

■ Raphael Schär, GL Junge Grüne Zürich

GRÜNE

TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

21. April 2016, 19:30 Uhr

Generalversammlung, Themen:

Atomausstieg / Energiestrategie

Au Premier, HB Zürich, Les Trouvailles

Apéro ab 19:00 Uhr

GRÜNE STADT ZÜRICH

29. April – 1. Mai 2016

Grüne Mojito-Bar am 1. Mai-Fest

Kasernenareal, Zürich

9. Mai 2016, 18:00 Uhr

Wo Zürich kreucht und fleucht –

Ökologische Vernetzung

Spaziergang mit der AG Grünraum

Treffpunkt Tramstation «Dammweg»

22. Mai 2016, 11:00 Uhr

Abenteuer Stadtnatur 2016: Brunch

«Wildpflanzen vor der Haustür»

Mit Maurice Maggi, 30.- Franken,

Kantine Genossenschaft Dreieck,

Gartenhofstr. 27 (Innenhof), Zürich

16. Juni 2016, 18:30 Uhr

Führung durch die Siedlung Zwicky Süd

organisiert von der AG Wohnen

12. Juli 2016, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

GZ Aussersihl, Bäckeranlage, Hohl-

str. 67, Zürich, Apéro ab 19:00 Uhr

GRÜNE WEINLAND

16. April 2016, 10:00–12:00 Uhr

Velobörse Andelfingen

Veloschopf beim Bahnhof Andelfingen

GRÜNE BEZIRK BÜLACH

2. April 2016, 8:30–13:00 Uhr

Velobörse Bülach

Marktgasse Untertor, Bülach

15. April 2016

Generalversammlung Grüne Bülach

Details noch nicht bekannt

20. Mai 2016

Generalversammlung Grüne

Bezirk Bülach

Details noch nicht bekannt

GRÜNE BEZIRK DIETIKON

7. Mai 2016, 9:00–16:00 Uhr

Frühlingsmarkt Dietikon

Wildblumenverkauf & Info zu mehr

Natur im Siedlungsraum mit dem

Natur- und Vogelschutzverein

28. Mai 2016, 8:00–12:00 Uhr

Märtkafi

Wir suchen Kontakt zur Bevölkerung

und ihren Anliegen, Marktplatz

5. Juni 2016, 9:30 Uhr

Velofest in der Umweltarena

Gemeinsame Velofahrt zum Fest.

Treffpunkt: Bahnhofkiosk Dietikon

GRÜNE BEZIRK HORGEN

2. April 2016, 11:00–16:00 Uhr

Velobörse Kilchberg

Schulhaus Alte Landstrasse 120

2. April 2016, 8:00–14:00 Uhr

Velobörse Wädenswil

Eidmatt-Areal

9. April 2016, 9:00–12:00 Uhr

Velobörse Horgen

Dorfplatz

16. April 2016, 11:30 Uhr

Velobörse Rüslikon

Schulhaus Dorf

1. Mai 2016, 9:00–11:30 Uhr

1. Mai-Fest Thalwil

Blaues Haus, Thalwil

GRÜNE BEZIRK MEILEN

1. Mai 2016, 14:00 Uhr

1. Mai-Feier Stäfa

Mit Katharina Prelicz-Huber, VPOD &

Grüne, Raphael Mörgeli, SP & Musik

von Bendorim, jiddische Chansons

Kulturhaus Rössli, Bahnhofstr. 1, Stäfa

GRÜNE BEZIRK USTER

16. April 2016, 9:00–15:00 Uhr

Velobörse Uster

Annahme 9:00-10:00, Verkauf 10:00-

15:00, Velos in Kommission (Ausweis

mitbringen), Stadthausplatz in Uster

17. Mai 2016, 19:00 Uhr & 20:00 Uhr

Generalversammlungen Grüne

Dübendorf und Grüne Bezirk Uster

Obere Mühle Dübendorf, Oberdorf-

str. 15, Kachelofenzimmer

3. Juni 2016, 19:00 Uhr

Podiumsdiskussion Denkmalschutz

Obere Mühle Dübendorf, Oberdorf-

str. 15, Senfmühle

GRÜNE WINTERTHUR

10. Mai 2016, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Kongresszentrum, Liebestr. 3

14. Juli 2016, 18:00 Uhr

Sommerfest Grüne Winterthur

Details noch nicht bekannt

JUNGE GRÜNE

22. April 2016, 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Seki, Ackerstrasse 44, Zürich

29. April – 1. Mai 2016

Stand am 1. Mai-Fest

Kasernenareal, Zürich

17. Mai 2016, 19:00 Uhr

Junggrüner Treff

Seki, Ackerstrasse 44, Zürich

12. Juli 2016, 19:00 Uhr

Junggrüner Treff

Seki, Ackerstrasse 44, Zürich

ALLE VERANSTALTUNGEN

gruene-zh.ch/veranstaltungen